

GLOBAL GOVERNANCE – BEDEUTUNG UND BEITRAG ÖSTERREICHS

Insbesondere im Zuge der Weltkonferenzen der 90er Jahre wurde viel über nachhaltige Entwicklungen nachgedacht und beschlossen, doch klafft eine große **Lücke** zwischen den hehren **Zielen** und dem politischen Willen, diese **umsetzen**. Mittels Global Governance sollen die Weltprobleme und ihre regionalen Auswirkungen gelöst und „Global Public Goods“ wie die Achtung der Menschenrechte, Gesundheit, ökonomische und finanzielle Stabilität, soziale Gerechtigkeit / Chancengleichheit, Frieden und eine intakte Umwelt sichergestellt werden. Gegenwärtig wird das Weltgemeinwohl den Interessen der (dominierenden) Staaten und der Wirtschaft nachgeordnet. Im Gefolge des 11. September und des Irak-Krieges steckt der Multilateralismus in der Krise. Doch dem hegemonialen Führungsanspruch der USA sind mittelfristig Grenzen gesetzt. „Wohlstand“ und umfassende menschliche Sicherheit können nicht gegen, sondern nur miteinander erreicht werden.

Dabei meint Global Governance nicht bloß das Setzen neuer Rahmenbedingungen und die verdichtete Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, sondern ein neues Politikmodell überhaupt - einen **breit angelegten, dynamischen Prozess der Konsens- und Entscheidungsfindung**. Global Governance impliziert demnach keine weltstaatliche Autorität oder Weltregierung, sondern entspricht vielmehr der bereits von Kant anvisierten Weltföderation - einer multilateralen Kooperationskultur eines transnationalen Netzwerkes aus staatlichen Akteuren und Vertreter/innen der Nicht-Regierungsorganisationen, Zivilgesellschaft, der Konzerne und Finanzmärkte, wissenschaftlicher Einrichtungen und Medien. Dem Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten, die keineswegs obsolet werden, folgt ein Zugewinn an **gemeinsamer Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit**.

Offene Demokratie-, Legitimations-, Souveränitäts- und Strukturfragen zu klären, Machtungleichgewichte in der Zusammenarbeit von Akteuren mit divergierenden Interessen auszubalancieren, eine Kohärenz zwischen den Politikfeldern und effektive Umsetzung zu gewährleisten, sind schwierige, bislang **ungelöste Aufgaben**. Auch schafft die institutionelle Ausgestaltung alleine noch keine zukunftsfähige Welt. Kulturell angepasste, „einfach gute“ Lebenskonzepte sind gefragt, um einen entsprechenden Bewusst-Seins- und Werte-Wandel und folglich nachhaltige Verhaltensänderungen der Menschen in Gang zu setzen.

Welche Beiträge kann **Österreich** zur Wiedergewinnung politischer Handlungsmacht durch Konkretisierung des normativen Leitbilds von Global Governance leisten:

- Intensivierung des Dialogs und Ausbau der Kooperationen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene;
 - Kohärenz der Politikbereiche schaffen und entsprechende Strukturreformen umsetzen;
- In diesem Sinne wird im Rahmen der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie bereits erfolgsversprechend gearbeitet.
- Nachhaltige (Wieder)Einbettung ökonomischer Prozesse in umfassendere gesellschaftliche Ziele; Engagement für einen öko-sozialen Umbau der Welt-Marktwirtschaft;
 - Verbesserte Vor- und Nachbereitung internationaler Konferenzen und systematische Umsetzung der Beschlüsse;
 - Mitarbeit an der Reform und Stärkung der Vereinten Nationen (Effizienz, Handlungskompetenzen, Finanzausstattung), Kompatibilität der Abkommen bzw. Konventionen und Demokratisierung der internationalen Regime (Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), World Trade Organisation (WTO)) einfordern;
 - Verhandlungsmacht im EU-Verbund aufbauen und dem Unilateralismus couragiert entgegenwirken; in einer Vorreiterallianz auf die Entwicklung eines handlungsfähigen internationalen Rechtssystems und die Stärkung des Internationalen Gerichtshofes drängen;
 - Entwicklungspolitik stärker im Sinne einer internationalen Strukturpolitik konzipieren; die Geberbelehrung nicht nur rhetorisch verabschieden; Entwicklungshemmnisse abbauen und die Bündelung regionaler Kräfte der Länder der südlichen Hemisphäre unterstützen.

Eine der größten Herausforderungen wird es sein, dass die Menschen der südlichen Hemisphäre (und des Ostens) als gleichberechtigte Partner mitwirken und Global Governance nicht als neues paternalistisches Konzept empfunden wird. Gegenwärtig ist die kulturelle Dimension und Problematik universalistischer Normen und Werte noch unzureichend berücksichtigt, um insbesondere das UN-Millenniumsziel einer **echten globalen Partnerschaft**, die auf gegenseitigem Respekt aufbaut, zu verwirklichen.

Kooperation und fairer Interessenausgleich sind kein idealistisches Plädoyer, ihre Notwendigkeit liegt in der Einsicht, dem „wohlverstandenen“ Eigen- ja Überlebensinteresse. Einfach zusammengefasst geht es bei Global Governance darum, den **globalen Wandel politisch zu gestalten** - die Chancen der Globalisierungen für alle Menschen und die Natur zu optimieren, ihre Risiken zu minimieren und existierende Fehlentwicklungen zu korrigieren.